

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 21. März 1968

Nummer 12

Zur Spaltung des Goldmarkts Konsequenzen für das internationale Währungssystem

Mit der Entscheidung der dem Goldpool angehörenden Länder, die Goldverkäufe zur Stützung des Preises auf dem freien Goldmarkt einzustellen und damit einen gespaltenen Goldpreis zuzulassen, ist ein Schritt getan worden, der von der bisherigen Weltwährungsordnung wegführt. Diese Ordnung beruht auf dem Gold-Devisenstandard und ermöglichte bislang de facto die unbeschränkte Konvertibilität zwischen dem Gold und den einzelnen harten Devisen zu grundsätzlich festen Wechselkursen. Wechselkursänderungen werden nach der Satzung des Weltwährungsfonds nur bei fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichten zugelassen.

Grundlage der de-facto-Konvertibilität zwischen Gold und Devisen ist die Bereitschaft des amerikanischen Zentralbanksystems, jederzeit zum festgelegten Goldpreis einerseits von Privaten und öffentlichen Stellen angebotenes Gold gegen Dollar zu tauschen und andererseits von ausländischen Notenbanken angebotene Dollarbeträge gegen Gold einzulösen¹. Indem darüber hinaus die Zentralbanken der im Goldpool zusammengeschlossenen Hartwährungsländer Gold auf den freien Goldmärkten verkauften und ankauften, um stärkere Abweichungen zwischen offiziellem und freiem Goldpreis zu verhindern, sorgten sie dafür, daß Gold und Devisen zu grundsätzlich festen Wechselkursen nicht nur im Verkehr zwischen Notenbanken frei konvertierbar waren.

Vor Einführung der freien Währungskonvertibilität in den westeuropäischen Industrieländern hat-

ten die Zentralbanken noch nicht auf den freien Goldmärkten interveniert. Der freie Goldpreis lag deshalb im ersten Nachkriegsjahrzehnt weit über dem offiziellen. Die Situation eines gespaltenen Goldpreises wurde auf die Dauer als unbefriedigend empfunden, weil dieser lukrative Markt einen großen Teil der Goldproduktion aufnahm und sich das Angebot an Währungsgold verknappte. Die Intervention auf den Goldmärkten, die den freien Goldpreis dem offiziellen anglich, galt daher als wichtige Voraussetzung für den Übergang zur freien Währungskonvertibilität.

Die Spekulation gegen Dollar und Pfund, die in jüngster Zeit trotz der Zahlungsbilanzmaßnahmen in den angelsächsischen Volkswirtschaften ein gefährliches Ausmaß annahm und die Länder des Goldpools, d. h. vor allem die Vereinigten Staaten, zu beträchtlichen Goldabgaben zwang, hat jedoch auf diesem Umwege das für die Währungsreserven zur Verfügung stehende Gold ebenfalls verknappt.

Eine dauerhafte Lösung der seit langem erkennbaren Währungsprobleme kann in der Rückkehr zu einem gespaltenen Goldpreis nicht gesehen werden. Es ist anzunehmen, daß der freie Goldpreis für längere Zeit über dem offiziellen liegen wird, sofern nicht weitere Schritte zur Änderung der Weltwährungsordnung rasch folgen. Da die Spekulation nicht erwartet, daß die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der angelsächsischen Volkswirtschaften schnell beseitigt

¹ Den amerikanischen Staatsbürgern ist es dagegen untersagt, Währungsgold zu halten.

werden können, wird das Mißtrauen gegenüber Dollar und Pfund und damit die hohe Goldnachfrage zunächst andauern. Liegt der freie Goldpreis anhaltend über dem offiziellen, so kann das nicht ohne Rückwirkungen auf die Funktion des Goldes als internationales Zahlungsmittel bleiben. Gold dürfte unter diesen Bedingungen den Zentralbanksystemen von außen nicht mehr zufließen. Die nicht-amerikanischen Notenbanken werden es überdies auf längere Sicht im Zahlungsverkehr mit anderen Notenbanken mehr und mehr vorziehen, Zahlungen in Devisen abzuwickeln. Da sich bisher nur das Zentralbanksystem der Vereinigten Staaten zu einer Goldeinlöschungspflicht gegenüber den übrigen Zentralbanken bekannte, würde es sich einem weiteren starken Goldabfluß gegenübersehen, sobald sich die nicht-amerikanischen Zentralbanken an Stillhalteversprechen weniger gebunden fühlen. Denn spekulative Verhaltensweisen sind in einer labilen Situation selbst für Zentralbankpräsidenten nicht völlig auszuschließen.

Das Weltwährungssystem bleibt somit vorerst labil. Eine nachhaltige Bekämpfung der Spekulation kann nur darin bestehen, daß entweder der offizielle Goldpreis gleichfalls heraufgesetzt oder die besondere, durch die Goldeinlösung geprägte Stellung des Dollars aufgegeben wird. Die Weltwährungsordnung würde sich in diesem Fall zunächst zu einem System konvertibler Währungen hin entwickeln, in dem das Gold als internationales Zahlungsmittel verdrängt wird. Eine solche Ordnung wäre jedoch ebenfalls nicht stabil. Bei allgemeiner freier Währungskonvertibilität werden in erster Linie Währungen der Länder angeboten, die Zahlungsbilanzdefizite aufweisen, und Währungen der Länder nachgefragt, die Zahlungsbilanzüberschüsse erzielen. Angebot und Nachfrage kommen dabei nur so lange zum Ausgleich, wie sich Überschußländer bereitfinden, ihre Währung gegen Währungen von Defizitländern einzutauschen. Diese Bereitschaft dürfte nachlassen, wenn ein Land anhaltend hohe Zahlungsbilanzdefizite aufweist. Ein System freier Währungskonvertibilität kann deshalb befriedigend nur dann funktionieren, wenn es gelingt, andauernde Zahlungsbilanzungleichgewichte zu vermeiden. Änderungen der Wechselkursrelationen müssen dann allerdings zugelassen werden.

Würden in einem System freier Währungskonvertibilität Defizitländer bei *konstanten* Wechselkursrelationen nicht an Grenzen der Konvertibilität ihrer Währungen stoßen, weil sich Überschußländer

stets bereitfinden, die Währung jener Länder gegen ihre eigene einzutauschen, so würden Länder, die ein anhaltendes Defizit ihrer Zahlungsbilanz zulassen, für dieses Verhalten belohnt werden. Die Einhaltung der „Währungsdisziplin“ wäre dann nicht gesichert. Es bedürfte also einer Instanz, die darüber wacht, daß ein Mißbrauch völlig freier Währungskonvertibilität unterbliebe. Bisher hat das Gold diese Rolle — allerdings sehr unzureichend — gespielt. Denn einmal war die Menge des als internationales Zahlungsmittel zur Verfügung stehenden Goldes nur schwer zu regulieren; und zum anderen beeinträchtigte seine ungleichmäßige Verteilung auf die einzelnen Volkswirtschaften die Funktion, Zahlungsbilanzkonformes Verhalten zu gewährleisten.

Die Ablösung des Goldes durch eine künstlich zu schaffende internationale Währungseinheit bietet sich auch deshalb als Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma an. Ein mit Geldschöpfungsbefugnissen ausgestatteter Weltwährungsfonds könnte die Weltwirtschaft gerade mit so viel internationaler Liquidität versorgen, daß einerseits auf die Beseitigung fundamentaler Zahlungsbilanzungleichgewichte und die Vermeidung inflatorischer Übersteigerungen hingewirkt, andererseits aber die Expansion von Welthandel und Weltproduktion nicht eingeschränkt wird. Damit wäre der Weg für eine rationale — selbstverständlich auch fällige Wechselkurskorrekturen einschließende — Währungspolitik auf internationaler Ebene bereitet.

Die Zeit scheint jedoch für eine solche umfassende Regelung trotz der beabsichtigten Einführung von Sonderziehungsrechten beim Weltwährungsfonds immer noch nicht reif zu sein. Aber auch die Alternative, die gegenwärtigen Währungsprobleme durch Heraufsetzung des offiziellen Goldpreises zu lösen, stößt vorerst auf erheblichen Widerstand. Einmal ergibt sich dieser Widerstand aus rein politischen Gründen, zum anderen aber auch daraus, daß mit einer Goldpreiserhöhung die grundsätzlichen Mängel des gegenwärtigen Währungssystems nicht beseitigt würden. Auch hier böte sich allerdings die Möglichkeit, durch unterschiedliche Heraufsetzung des in einzelnen Währungen ausgedrückten Goldpreises die Wechselkursrelationen in einer Weise zu verändern, daß fundamentale Zahlungsbilanzungleichgewichte beseitigt würden.

Solange die Scheu vor Änderungen einmal eingespielter Währungsrelationen groß ist, sucht man jedoch nach anderen Lösungen. Die angelsächsischen Volkswirtschaften sehen jetzt eine solche Lösung in

der Verschärfung der binnenwirtschaftlichen Restriktionspolitik, die die Zahlungsbilanz über die Eindämmung der Güterimporte entlasten und Kapazitätsspielraum für zusätzliche Exporte schaffen soll. Die Spekulation gegen Dollar und Pfund soll dadurch entmutigt und der durch Zentralbankinterventionen nicht mehr gestützte freie Goldpreis auf diese Weise dem offiziellen wieder angenähert werden. Eine verschärfte Restriktionspolitik scheint zwar in Großbritannien angebracht zu sein, damit dieses Land endlich die Früchte der Pfundabwertung in Gestalt eines Exportbooms ernten kann. In den Vereinigten Staaten aber, wo im Gegensatz zu Großbritannien der Außenwirtschaftssektor einen sehr geringen Anteil an der Gesamtwirtschaft hat, ist eine gesamtwirtschaftliche Restriktion zur Verbesserung der Zahlungsbilanz anders zu beurteilen.

Da sich die Konjunkturaussichten für dieses Jahr ohnehin verschlechtert haben, würde eine außenwirtschaftsbedingte Restriktionspolitik zu steigender Arbeitslosigkeit und zunehmend unausgelasteten Kapazitäten führen. Außerdem wären die Rückwirkungen einer scharfen Restriktionspolitik auf die Weltkonjunktur im Falle der USA ungleich schwerwiegender. Für die kurzfristig angestrebte Außenwirtschaftsverbesserung würde somit – nicht nur in den USA – ein hoher Preis gezahlt werden. Berechtigt ist die Frage, ob ein internationales Währungssystem, das das führende Industrieland der westlichen Welt aus Außenwirtschaftsrücksichten zu einer solchen Politik zwingt, unverändert beibehalten werden kann. Es ist daher zweifelhaft, ob die Spekulation gegen den Dollar auf längere Sicht durch diese Politik zu entmutigen ist.

Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland

Die hohen Defizite in der amerikanischen und der britischen Grundbilanz, die weithin als Indikator der außenwirtschaftlichen Position dieser Länder gilt, haben ihr Pendant unter anderem in einem hohen Überschuß in der Grundbilanz der westdeutschen Zahlungsbilanz: 1967 erzielte die Bundesrepublik hier einen Überschuß, der mit 6 Mrd. DM größer war als je zuvor². Die gegenwärtige internationale Währungskrise ist deshalb nicht nur durch eine Spekulation gegen den Dollar und das Pfund Sterling zugunsten des Goldes gekennzeichnet, sondern auch durch ein Votum für die D-Mark. Damit sind in nuce bereits die Konsequenzen vorgezeichnet, die sich aus den oben diskutierten Versuchen zur Überwindung der internationalen Währungskrise für die Bundesrepublik ergeben würden.

Die Spaltung des Goldmarktes in einen geschlossenen Teilmarkt für Zentralbanken und einen freien Markt kann – wie erwähnt – so lange nur ein höchst labiles Provisorium sein, wie sich keine befriedigende Lösung der amerikanischen und britischen Zahlungsbilanzprobleme abzeichnet. Unter diesen Umständen wird nicht nur die Flucht in das Gold anhalten, sondern auch die Nachfrage nach D-Mark weiterhin das Angebot übersteigen, da über kurz oder lang währungspolitische Lösungen erwartet werden, die eine Aufwertung der D-Mark gegenüber anderen nationalen Währungen mit sich brächten. So dürfte damit gerechnet werden, daß ein Verzicht auf das Gold als internationales Zahlungsmittel

eine Revision der bisherigen Wechselkursparitäten nach sich zöge, bei der der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Durchschnitt der übrigen Währungen heraufgesetzt würde. Ähnliche Erwartungen würden vermutlich auch an eine Goldpreiserhöhung durch die amerikanischen Währungsbehörden geknüpft werden. Eine solche Maßnahme berührt zwar – für sich betrachtet – ebensowenig wie eine Demonetisierung des Goldes die Relation zwischen dem Dollar und den übrigen Währungen; viele Länder würden aber die Goldpreiserhöhung zum Anlaß nehmen, ihre Wechselkurse zu ändern.

Jeder dieser währungspolitischen Wege (Spaltung des Goldmarktes, Goldpreiserhöhung, Demonetisierung des Goldes) könnte nur dann aus der Währungskrise herausführen, wenn es den Vereinigten Staaten und Großbritannien gelänge, die Defizite in den Grundbilanzen ihrer Zahlungsbilanzen fühlbar abzubauen. Für die Überschußländer, namentlich die Bundesrepublik, bedeutet dies zwangsläufig: Sie müssen zu einer Verringerung ihrer Leistungsbilanzüberschüsse und zu einer Erhöhung ihrer (langfristigen) Kapitalexporte beitragen. Die Bundesbank müßte also ihren expansiven Kurs verschärfen und auf eine drastische Senkung des inländischen Zinsniveaus hinwirken. Eine solche Politik wäre nicht nur notwendig, um spekulative De-

² Grundbilanz = Bilanzen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, der Übertragungen und des langfristigen Kapitalverkehrs. Daß 1967 die Währungsreserven der Bundesbank kaum zunahmen, beruhte auf stark steigenden kurzfristigen Nettokapitalexporten von Geschäftsbanken und übriger Wirtschaft.

visenzuflüsse abzuwehren, sondern auch, um den Kapitalexport anzuregen. Sie wäre aber auch erforderlich, um die inländischen Unternehmen und öffentlichen Haushalte zu veranlassen, sich verstärkt zu verschulden, also mehr Ausgabenüberschüsse als bisher vorzunehmen, und damit den Leistungsbilanzüberschuß zu vermindern. Mit anderen Worten: Auch die Überwindung der Währungskrise – und nicht wachstumspolitische Gründe allein – verlangt von der Bundesrepublik eine verstärkte Expansionspolitik im Inneren³.

Noch einschneidender wären die Konsequenzen für die Bundesrepublik, wenn es in der unmittelbaren Zukunft im Rahmen einer generellen Neuordnung der Währungsparitäten zu einer Aufwertung

der D-Mark kommen sollte: Die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen ließe in vielen Exportländern der Bundesrepublik sofort nach, inländische Produktion würde durch Importe substituiert werden. Die Fortsetzung des inländischen Aufschwungs würde in Frage gestellt werden, überdies würde eine Verschlechterung der Binnenkonjunktur die Tendenz zur Verringerung der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse hemmen. In diesem Falle wäre eine expansive Geldpolitik noch dringlicher. Durch Anregung der Verschuldungsneigung privater und öffentlicher Investoren müßte zumindest ein Teil der ausfallenden Auslandsnachfrage durch Inlandsnachfrage ersetzt werden.

³ Vgl. Wochenbericht Nr. 8/1968, S. 42.

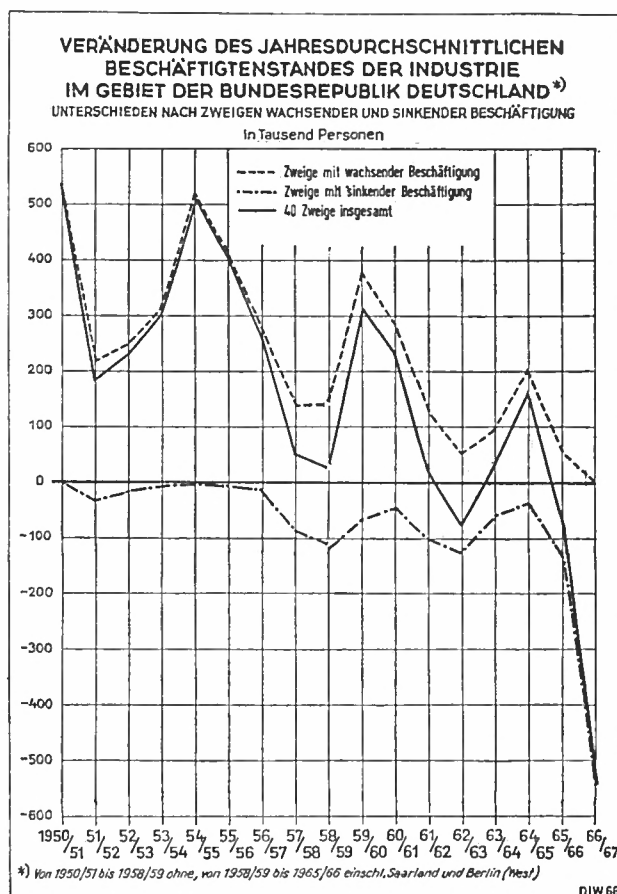
Zur Beschäftigtenentwicklung in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1967

Über eine halbe Million (542 000) weniger Beschäftigte in der Industrie – das ist eine der schwerwiegenden Folgen der ersten Rezession der Nachkriegszeit. Schon vor einem Jahr wurde an dieser Stelle auf die rückläufige Entwicklung der Industriebeschäftigung hingewiesen. Damals war allerdings das Ausmaß der Beschäftigtenschrumpfung noch nicht in seinem ganzen Umfang abzusehen. Wie wir heute wissen, hat die Entlassungswelle erst zur Jahresmitte 1967 ihren Höhepunkt erreicht.

Entlassungen von Beschäftigten setzten im zweiten Halbjahr 1966 nur zögernd ein, weil die Unternehmer zunächst noch auf eine schnelle konjunkturelle Besserung hofften. Dieses Verhalten hatte zur Folge, daß in der zweiten Jahreshälfte 1966 der Produktionsanstieg je Beschäftigten nur 1 vH erreichte und damit ganz beträchtlich hinter dem durchschnittlichen Zuwachs in den Jahren seit 1958 (5,3 vH) zurückblieb.

Erst mit schwindender Hoffnung auf eine rasche Besserung der konjunkturellen Entwicklung gingen die industriellen Arbeitgeber dazu über, die Zahl der Arbeitskräfte konsequent an die sich weiter verschlechternde Absatzlage anzupassen. Dieser Prozeß erreichte im Frühsommer des vergangenen Jahres seinen Höhepunkt. Im ersten und zweiten Quartal 1967 verringerte sich daher die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen am stärksten (— 5,3 und — 7,5 vH unter dem entsprechenden Vorjahresstand).

Die Entlassungswelle lief gegen Ende des dritten Vierteljahres 1967 aus. Die rigorose Verringerung des Beschäftigtenstandes führte bei gleichzeitigem konjunkturellen Wiederanstieg der Industrieproduktion im zweiten Halbjahr 1967 dazu, daß die Be-



beschäftigtenproduktivität im vergangenen Jahr wieder um 4,7 vH – im zweiten Halbjahr allein sogar um + 7,7 vH – zunahm. Der Produktionsanstieg je beschäftigten Arbeiter und geleisteter Arbeiterstunde allein war weitaus stärker; er verdoppelte sich annähernd. Im Jahre 1966 hatte der Anstieg 3,2 vH bzw. 4,8 vH betragen, im Jahre 1967 beschleunigte sich der Produktivitätsfortschritt auf 6,5 vH bzw. 8,9 vH. Die Arbeiterstundenproduktivität erreichte damit ein Wachstum, das den Durchschnitt der Jahre seit 1958 beträchtlich – um zwei Punkte – übertraf.

Der je nach Bezugsgröße unterschiedliche Produktivitätsfortschritt hat verschiedene Gründe: In der Beschäftigtenproduktivität werden Angestellte und Inhaber mit berücksichtigt. Die Zahl dieser Personen variiert jedoch im konjunkturellen Wechselspiel nur unbedeutend. Da zudem die Angestellten stetig an Bedeutung gewinnen, wurde der Anstieg der Beschäftigtenproduktivität gebremst. Das retar-

dierende Moment bei der Arbeiter- gegenüber der Arbeiterstundenproduktivität ist hauptsächlich darin zu sehen, daß im Jahre 1967 in sehr vielen Industriezweigen die Arbeitszeit vorübergehend (besonders in den Wintermonaten 1966/67) stark verkürzt wurde. Für die beschäftigten, aber weniger Stunden leistenden Arbeiter wird also ein geringerer Produktionsanstieg ausgewiesen, als der auf die Stunde bezogenen Arbeitsleistung entspricht. Lediglich die Arbeiterstundenproduktivität ist frei von solchen Einflüssen; sie verdeutlicht den beträchtlichen Produktionsspielraum, den die Industrie im vergangenen Jahr im Rahmen der verminderten Nachfrage hatte.

Bei der Betrachtung der einzelnen Industriezweige erkennt man von 1958 bis 1966 eine Beschäftigungsentwicklung, die in den Salden der Zu- und Abgänge deutliche Unterschiede der expandierenden und schrumpfenden Bereiche ausweist. So haben vor allem der Fahrzeugbau (+ 57 vH), die

Veränderung der jahresdurchschnittlichen industriellen Beschäftigung in der Bundesrepublik¹⁾ von 1958 bis 1967

Industriezweig	1967 ²⁾ gegen 1958	1959 gegen 1958	1960 gegen 1959	1961 gegen 1960	1962 gegen 1961	1963 gegen 1962	1964 gegen 1963	1965 gegen 1964	1966 gegen 1965	1967 ²⁾ gegen 1966	1967 ²⁾ gegen 1966	Beschäf- tigte ²⁾ 1967	
	Rang- folge	Absolute Veränderung in 1000 Personen										in vH	in 1000
Elektrotechnische Industrie	1	+166,4	+ 38,0	+ 78,5	+ 62,1	+ 13,9	— 1,0	+ 15,5	+ 40,4	— 9,6	— 71,4	— 7,4	894
Fahrzeugbau	2	+153,8	+ 25,9	+ 41,8	+ 15,6	+ 24,8	+ 17,3	+ 34,6	+ 24,6	+ 4,5	— 35,1	— 6,8	483
Maschinenbau	3	+150,4	+ 30,0	+ 68,6	+ 60,3	+ 24,6	— 12,6	+ 1,2	+ 38,4	+ 13,1	— 56,2	— 5,1	1 041
Chemische Industrie	4	+105,7	+ 12,4	+ 25,7	+ 27,1	+ 5,2	+ 5,9	+ 9,4	+ 17,3	+ 8,0	— 5,3	— 1,0	538
Kunststoffverarbeitende Industrie	5	+ 60,4	+ 11,5	+ 10,2	+ 8,1	+ 6,6	+ 2,0	+ 10,1	+ 9,7	+ 5,4	— 3,4	— 2,6	125
Restl. Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	6	+ 31,5	+ 3,6	+ 9,5	+ 10,6	+ 11,2	+ 5,5	— 5,0	+ 1,4	+ 3,7	— 9,0	— 2,6	336
Druckerei- und Vervielfältigungs-Ind.	7	+ 29,8	+ 4,4	— 0,3	+ 9,5	+ 5,7	+ 3,2	+ 2,2	+ 4,4	+ 4,6	— 3,9	— 1,8	212
Bekleidungsindustrie	8	+ 29,3	— 2,2	+ 16,3	+ 14,5	+ 14,2	+ 4,0	— 0,3	+ 10,4	+ 8,2	— 35,7	— 8,8	371
Luftfahrzeugbau	9	+ 23,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 6,1	33
Papier und Pappe verarbeitende Ind. . .	10	+ 23,4	+ 1,4	+ 12,6	+ 1,6	+ 4,1	+ 1,9	+ 1,2	+ 4,3	+ 4,0	— 7,7	— 5,9	124
Brauereien und Mälzereien	11	+ 17,5	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,6	— 1,5	— 1,6	93
Kautschuk und Asbest verarb. Industrie	12	+ 12,2	+ 5,2	+ 8,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,2	— 0,3	— 14,8	— 12,0	109
NE-Metallindustrie	13	+ 9,6	+ 5,0	+ 7,1	+ 3,6	— 3,7	— 2,5	+ 1,9	+ 6,2	— 2,7	— 5,2	— 4,6	109
EBM-Industrie	14	+ 7,8	+ 6,5	+ 15,6	+ 7,6	— 1,9	+ 4,6	— 1,1	+ 8,1	— 4,2	— 27,4	— 6,6	387
Mineralölverarbeitung	15	+ 4,5	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,6	— 0,1	— 0,6	+ 1,9	+ 0,7	— 0,3	— 0,7	— 2,2	33
Feinmechanische und optische Industrie	16	+ 3,7	— 0,2	+ 7,1	+ 4,9	— 4,7	— 1,7	+ 2,8	+ 0,7	— 1,4	— 3,8	— 2,5	151
Glasindustrie	17	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,3	— 0,8	— 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,0	— 4,5	— 4,9	88
Ölmühlen- und Margarine-Industrie . .	18	+ 0,4	+ 0,6	+ 0	+ 0	+ 0,1	— 0	+ 0,4	— 0,2	— 0,2	— 0,3	— 2,0	17
Stahlverformung	19	— 0,4	+ 0,7	+ 9,5	+ 6,3	— 2,1	— 4,5	+ 3,5	+ 4,8	— 3,2	— 13,9	— 9,9	127
Musikinstr.- und Spielwaren-Industrie .	20	— 2,0	— 2,0	— 0,2	+ 0,1	+ 0,5	— 0	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,3	— 2,5	— 4,0	58
Zuckerindustrie	21	— 3,3	— 0,7	+ 0,1	— 0,2	— 0,7	— 0,1	— 0,3	— 0,8	— 0,3	— 0,4	— 2,9	14
Mühlenindustrie	22	— 3,4	+ 0	— 0,9	— 0,1	— 0,1	— 0,2	— 0,3	— 0,5	— 0,7	— 0,5	— 4,1	13
Erdölgewinnung	23	— 4,9	+ 0,3	— 0,6	— 0,5	— 0,6	— 0,6	— 1,2	— 0,7	— 0,3	— 0,8	— 8,5	8
Kali- und Steinsalzbergbau	24	— 5,7	— 0,8	— 0,4	+ 0,5	— 0,3	— 1,3	— 1,0	— 0,4	— 0,3	— 1,8	— 9,2	18
Ziehereien und Kaltwalzwerke	25	— 6,0	— 1,0	+ 4,5	+ 2,1	— 5,2	+ 2,0	+ 0,5	+ 1,7	— 2,6	— 3,8	— 5,4	66
Eisenschaffende Industrie	26	— 6,6	+ 0,4	+ 20,9	+ 10,6	— 3,4	— 10,0	— 0,4	+ 6,4	— 12,0	— 19,2	— 5,5	327
Sonstiger Bergbau	27	+ 7,1	+ 1,9	— 0,7	— 0,9	— 1,0	— 0,6	— 0,5	— 0,8	— 0,2	— 0,5	— 4,4	10
Zellstoff- und Papiererzeugung	28	— 10,8	+ 0,1	— 0,5	+ 2,0	— 1,0	— 1,0	— 2,8	— 1,9	— 2,5	— 3,1	— 4,1	72
Industrie der Steine und Erden	29	— 14,6	+ 6,9	+ 2,6	+ 4,2	+ 0,8	— 4,3	+ 6,5	+ 0,4	— 7,8	— 24,1	— 9,8	234
Sägewerke und holzbearbeitende Ind. . .	30	— 15,3	— 1,6	+ 1,5	+ 5,7	— 3,4	— 3,7	— 2,1	— 1,1	— 2,5	— 8,0	— 10,4	69
Eisenerzbergbau	31	— 18,0	— 2,0	— 1,5	— 1,0	— 3,4	— 3,9	— 2,0	— 1,7	— 1,2	— 1,1	— 16,4	6
Feinkeramische Industrie	32	— 18,7	— 2,0	+ 0,2	+ 0,6	— 3,5	— 4,8	+ 0,2	+ 0,8	— 2,5	— 7,7	— 9,2	75
Stahlbau	33	— 21,7	— 2,5	+ 3,0	+ 6,2	+ 6,9	— 2,9	— 0	+ 4,0	— 11,5	— 24,7	— 11,4	192
Holzverarbeitende Industrie	34	— 22,2	— 6,4	+ 0,6	+ 0,2	— 1,3	— 3,9	— 2,7	+ 3,4	— 0,3	— 11,7	— 5,4	206
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien . .	35	— 23,4	— 3,1	+ 9,1	+ 5,7	— 2,8	— 6,6	+ 0,9	+ 1,0	— 11,3	— 16,3	— 12,5	113
Tabakverarbeitende Industrie	36	— 31,7	— 3,2	— 4,3	— 5,5	— 4,6	— 3,8	— 3,3	— 2,2	— 2,1	— 2,6	— 7,2	34
Schiffbau	37	— 32,8	— 9,2	— 3,6	— 2,1	— 3,3	— 9,0	— 2,7	— 0,1	— 1,2	— 1,4	— 1,8	78
Leder-Industrie	38	— 32,9	— 8,4	+ 1,5	— 1,4	— 3,4	— 1,9	— 2,3	— 0,5	— 4,5	— 12,1	— 7,3	153
Textilindustrie	39	— 135,3	— 24,6	+ 18,8	— 7,4	— 22,5	— 16,9	— 16,9	— 8,7	— 8,6	— 48,5	— 9,0	490
Kohlenbergbau	40	— 307,5	— 42,2	— 55,0	— 28,6	— 31,0	— 25,7	— 16,0	— 18,9	— 36,7	— 53,4	— 13,7	336
Zugänge		+833,0	+145,8	+384,1	+282,5	+128,8	+ 52,4	+ 99,2	+197,9	+ 55,3	+ 1,9	—	—
Rückgänge		—724,3	—114,7	— 68,0	— 47,7	—104,8	—127,5	— 62,1	— 38,5	—131,0	—544,0	—	—
Netto-Veränderung		+108,7	+ 31,1	+316,1	+234,8	+ 24,0	— 75,1	+ 37,1	+159,4	— 75,7	—542,1	— 6,5	—

¹⁾ Einschließlich Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Vorläufige Berechnung.

¹⁾ Einschließlich Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Vorläufige Berechnung.

Elektrotechnik (+ 33 vH), die Kautschukindustrie (+ 28 vH), die Chemie (+ 26 vH) sowie der Maschinenbau (+ 23 vH) ihren Beschäftigtenstand im untersuchten Zeitabschnitt ganz erheblich ausgedehnt, während der Kohlenbergbau (— 40 vH) und die Textilindustrie (— 14 vH) ihr Personal laufend eingeschränkt haben. Dagegen hat die Rezession des Jahres 1967 zu einem außerordentlichen Beschäftigtenrückgang in allen Bereichen geführt.

Selbst Industriezweige wie die Elektrotechnische Industrie, der Maschinenbau, die Chemische Industrie und die Kunststoffverarbeitende Industrie, die seit Jahren zu den Industrien mit der stärksten Beschäftigtenexpansion gehörten, hatten im vergangenen Jahr einen Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen. Der absoluten Zahl nach reduzierte von allen Industriezweigen die Elektrotechnische Industrie ihren Beschäftigtenstand am stärksten (— 71 400 Personen; — 7,4 vH), gefolgt vom Maschinenbau (— 56 200 Personen; — 5,1 vH). Auch der Fahrzeugbau und die Bekleidungsindustrie haben — absolut gesehen — erhebliche Abgänge an Beschäftigten zu verzeichnen.

Gemessen an ihrem Beschäftigtenstand haben allerdings unter den größeren Industriezweigen die stärksten Anpassungen vorgenommen:

Kohlenbergbau	— 13,7 vH
Kautschukverarbeitende Industrie	— 12,0 vH
Stahlbau	— 11,4 vH
Industrie der Steine und Erden ...	— 9,3 vH
Textilindustrie	— 9,0 vH
Bekleidungsindustrie	— 8,8 vH
Elektrotechnische Industrie	— 7,4 vH

Die ungünstige Beschäftigtenentwicklung wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß im vergangenen Jahr zum ersten Male in der Nachkriegszeit alle Branchen (mit Ausnahme des Luftfahrzeugbaus) mehr Arbeitskräfte entließen als einstellten. Selbst die Chemische Industrie, deren Beschäftigung bisher von Jahr zu Jahr kontinuierlich expandiert hatte, reduzierte ihren Beschäftigtenstand (— 1 vH). Dies ist um so bemerkenswerter, als gerade in die-

sem Zweig 1967 ein überdurchschnittliches Produktionswachstum (+ 8,7 vH) erzielt wurde.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die unterschiedliche Entwicklung in der Elektrotechnischen Industrie und im Maschinenbau. Von den 542 000 Personen, die die Industrie insgesamt im letzten Jahr per Saldo entließ, arbeitete ein Viertel vorher in diesen beiden Industriezweigen. Der Maschinenbau hat — im Gegensatz zur Elektrotechnischen Industrie — offenbar noch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitskräften „durchgehalten“. Dies zeigt ein Vergleich der beiden Industriezweige hinsichtlich ihrer divergierenden Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung.

Veränderungsraten 1967 gegenüber 1966
in vH

Zweig	Nettoproduktion	Beschäftigte	Beschäftigtenproduktivität
Elektrotechnik . . .	— 1,1	— 7,4	+ 6,8
Maschinenbau . . .	— 7,0	— 5,1	— 2,0

Im Gegensatz zur Produktion ist bei der Industriebeschäftigung noch keine konjunkturelle Belebung festzustellen. Bislang fehlt es an Anzeichen dafür, daß in absehbarer Zeit wieder mit einem deutlichen Aufschwung der Industriebeschäftigung zu rechnen ist. Die Produktionsausweitung im zweiten Halbjahr 1967 wurde allein durch die Nutzung der großen Produktivitätsreserven erreicht — insbesondere durch den Abbau der Kurzarbeit.

Die Entwicklung im vergangenen Jahr verursachte erstmals seit 1945 einen Rückgang der von der Industrie gezahlten Löhne und Gehälter um 3,5 vH auf 83,5 Mrd. DM im Jahre 1967. Diese Abnahme um rund 3 Mrd. DM brachte der Industrie bei einem gleichzeitigen Rückgang der Umsätze um 7,3 Mrd. D-Mark (— 1,8 vH) einerseits eine gewisse Entlastung bei den Lohnkosten; sie bedeutete jedoch andererseits einen erheblichen Ausfall von Massenkaukraft.

Gegenstand	Ge- biet	Einheit†)	1966		1967												1968	
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Anzahl der Werktage			21,4	21,8	22,5	20,8	21,8	21,0	20,2	22,6	22,0	23,7	22,0	22,8	23,7	22,8	22,0	
Verkehrsindizes																		
Personenverkehr, kalendertägl.																		
Eisenbahnen, bef. Pers.	BRD	1962 = 100	TD	82	84	90	86	80	84	83	75	81	72	88	.	.	.	
Straßenbahnen, " "	"	"	"	80	79	75	79	74	75	71	73	67	61	71	.	.	.	
Omnib., Ortslinien " "	"	"	"	112	113	110	115	107	109	104	106	99	93	106	111	.	.	
Überlandl. " "	"	"	"	116	113	121	122	108	112	108	106	97	90	116	117	.	.	
Gelegenheit " "	"	"	"	73	62	58	69	65	78	116	158	147	119	138	104	.	.	
Güterverkehr, kalendertägl.																		
Eisenbahnen, bef. Güter	BRD	1962 = 100	TD	109	97	91	93	92	94	91	102	96	97	103	.	.	.	
Binnenschifffahrt, " "	"	"	"	124	111	104	110	117	128	124	144	128	130	137	.	.	.	
Seeschifffahrt, Güterumschlag	"	"	"	124	124	121	118	118	121	126	122	116	127	130	.	.	.	
Fernverk. m. Lkw ⁴⁾ , bef. Güter	BRD	"	S	127	108	105	102	117	123	123	133	130	129	130	141	.	.	
Deutsche Seefrachten																		
Linienfahrt	BRD	2.Hj.54 = 100	D	148	149	148	149	149	150	150	155	155	155	154	155	154	155 ¹³⁾ 107	
Trampfahrt	"	"	"	73	72	73	71	72	72	71	81	84	84	88	91	81	92 ¹²⁾ 91	
Tankerfahrt	"	Mot/Sc. = 100	"	59	62	58	51	44	35	43	119	183	171	162	124	127	100	
Verkehrsleistungen																		
Personenverkehr																		
Dtsch. Bundesbahn ²⁾ , bef. Pers.	BRD	1000	S	77728	81913	87641	75334	77987	79609	80555	70171	79707	71253	83771	80018	74194	78783	
Pkm	"	Mill.	"	2363	2853	2740	2604	2784	2513	3118	2944	3616	3380	2974	2547	2207	2756	
Straßenbahnen ³⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	209022	215900	205100	194100	201608	197497	192357	190995	181900	165600	186200	194300	196200	192000	
Pkm	"	Mill.	"	1019	1052	1005	954	993	941	948	941	904	823	926	960	970	947	
Omnibusse ⁴⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	317494	324700	331100	306981	309030	309085	308385	299987	286300	265900	313500	323300	332100	320200	
Pkm	"	Mill.	"	2945	2854	2996	2812	2938	3139	3821	4059	3962	3617	4090	3555	3131	2879	
Luftfahrt ⁵⁾ , Fluggäste	BRD	1000	"	1084	1098	1136	1016	1321	1421	1818	1858	1944	2017	2089	1746	1199	1173	
Güterverkehr																		
Dtsch. Bundesbahn ²⁾ , bef. Güter	BRD	1000 t	S	27019	24589	22951	21099	23236	23259	23311	26208	25322	24443	24111	29232	28191	25626	
Tarif-tkm	"	Mill.	"	4978	4600	4323	3930	4399	4481	4388	4996	4828	4793	5022	5284	5172	4852	
Güterwagengestellung	"	1000	"	1459	1316	1234	1153	1284	1292	1243	1401	1344	1341	1408	1549	1459	1316	
Binnenschifffahrt ⁷⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	17471	16134	15199	14445	17084	18033	18094	20282	18610	18973	19312	19828	18139	.	
tkm	"	Mill.	"	3611	3357	3360	3076	3626	3815	3862	4565	4226	4081	4050	4179	3608	.	
Seeschifffahrt ⁸⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	8675	8979	8737	7714	8525	8448	9068	8520	8337	9188	9047	9143	9133	.	
Fernverk. m. Lkw ⁴⁾ , " "	BRD	"	"	11648	9864	9620	9335	10722	11298	11290	12126	11893	11768	11878	12907	.	.	
Tarif-tkm	"	Mill.	"	2899	2459	2446	2366	2675	2803	2695	2992	2884	2864	2967	3206	.	.	
Luftfahrt ⁵⁾ , Fracht und Post	"	t	"	26290	29714	24848	24884	29090	29906	27185	29436	28169	27041	30438	32514	32141	33044	
Nachrichtenverkehr																		
Briefsendungen	BRD	Mill.	S	843	947	768	716	841	764	722	757	683	718	757	857	867	914	
Paketsendungen	"	"	"	34	40	21	21	26	23	20	20	19	20	23	27	32	39	
Abgehende Ferngespräche	"	"	"	177	181	173	162	188	178	180	195	186	189	198	210	197	205	
Neuzulassgn. v. Kraftfahrzeugen dar. Personenkraftwagen ⁹⁾	BRD	Stück	S	112969	94296	85478	109956	176034	159413	148036	143339	113882	96526	122969	141478	120456	122135	
	"	"	"	99350	81405	74445	97783	157341	143457	133412	127583	101222	85246	107944	123564	104354	100304	
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	BRD	1962 = 100	S	143,9	179,4	114,6	109,3	133,9	126,9	129,3	127,5	128,7	122,1	126,8	134,4	144,2	192,2	
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁰⁾	"	"	"	126,6	158,4	115,0	115,2	135,4	127,8	131,8	136,0	133,8	130,3	130,1	126,9	127,4	160,2	
Bekleidung, Wäsche, Schuhe ¹¹⁾	"	"	"	151,4	181,6	113,8	92,7	122,5	118,1	125,6	107,2	120,4	101,2	110,8	130,5	144,4	191,2	
Warenhausunternehmen	"	"	"	188,2	244,4	135,0	118,1	148,4	137,9	140,6	133,8	148,6	139,0	139,1	156,8	189,8	267,8	
Filialunternehmen	"	"	"	161,9	192,1	133,3	127,3	159,5	150,7	152,4	148,2	145,1	139,3	146,8	156,6	167,4	210,4	
Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt	BRD	1958 = 100	D	106,9	107,3	106,3	106,4	105,5	103,6	103,0	103,1	102,6	103,1	103,2	103,1	103,7	104,3	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	109,2	109,5	108,4	108,6	107,6	105,5	104,7	104,7	104,1	104,7	104,9	104,7	105,4	106,1	
ausländischer	"	"	"	93,9	94,7	94,0	93,9	93,5	92,9	93,9	93,9	93,4	93,2	93,5	93,9	94,0	93,6	
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	110,3	111,9	109,0	109,2	107,8	106,7	105,4	105,5	103,4	104,4	104,7	104,1	104,5	106,4	
industrieller	"	"	"	104,7	104,3	104,5	104,6	104,0	101,6	101,4	101,6	102,0	102,2	102,2	102,5	103,3	103,0	
Erzeugerpreise																		
Industrieerzeugnisse insgesamt	BRD	1962 = 100	D	105,7	105,6	105,6	105,5	105,4	104,7	104,6	104,7	104,7	104,7	104,5	104,5	104,7	104,8	
Grundst.- und Prod.-güterind.	"	"	"	102,6	102,3	102,7	102,2	101,4	99,3	99,2	99,8	100,4	100,7	100,2	100,4	101,0	101,2	
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	106,5	106,5	106,3	106,2	106,1	105,9	105,7	105,7	105,4	105,3	105,2	105,1	105,1	105,1	
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	108,9	108,9	108,9	108,8	108,6	108,4	108,1	108,0	107,8	107,6	107,5	107,5	107,6	107,7	
Nahrungs- u. Genußmittellind.	"	"	"	105,7	105,7	105,7	105,5	107,2	107,2	107,2	107,3	106,7	106,5	106,3	106,2	106,3	106,2	
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	61/62 = 62/63 = 100	"	112,3	113,3	109,4	109,8	108,7	106,5	104,9	105,6	102,6	102,7	103,2	101,1	102,4	103,8	
Einzelhandelspreise																		
Insgesamt	BRD*)	1958 = 100	D	119	119	120	120	120	120	120	120	120	120	119	119	120	120	
Lebensmittel	"	"	"	117	118	118	118	118	119	119	120	119	118	117	117	117	118	
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	119	120	
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																		
Gesamt ¹⁴⁾	BRD	1962 = 100	D	113,5	113,8	114,1	114,2	114,3	114,5	114,8	115,0	115,1	114,4	114,1	114,0	114,2	115,7	
Nahrungs- u. Genußmittel	"	"	"	111,9	112,4	112,1	112,1	112,4	112,8	113,4	113,7	113,7	111,6	110,8	110,8	110,8	111,8	
Kleidung, Schuhe	"	"	"	111,6	111,8	112,1	112,1	112,2	112,2	112,2	112,1	112,1	112,0	111,9	111,9	111,9	111,9	
Wohnungsmiete	"	"	"	132,9	133,1	135,5	135,8	136,0	137,4	137,8	138,2	138,8	139,3	139,5	139,8	140,3	142,8	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	"	"	109,1	109,4	109,7	109,7	109,4	106,0	106,1	106,5	107,7	108,4	108,7	109,7	110,0	116,4	
Sonst. für Haushaltsführung ¹⁵⁾	"	"	"	108,7	108,7	108,7	108,6	108,6	108,5	108,4	108,3	108,2	108,1	108,1	107,9	107,9	108,2	
Waren und Dienstleistungen für Verkehr, Nachrichtenüberm.	"	"	"	112,0	112,2	113,4	113,5	113,7	113,7	113,7	113,7	114,5	114,9	115,0	115,1	115,0	116,3	
Körper- u. Gesundheitspflege	"	"	"	116,5	116,7	116,9	116,9	116,9	117,0	117,0	117,9	118,0	118,0	118,1	118,1	118,1	124,0	
Bildung und Unterhaltung	"	"	"	109,8	110,2	110,4	111,2	111,3	111,5	111,6	111,3	111,5	111,8	111,9	112,2	112,1	114,3	
Persönl. Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen	"	"	"	115,4	115,4	116,7	116,7	116,8	116,8	116,6	116,6	116,7	119,3	119,3	119,4	119,6	121,5	
Preise im Außenhandel für																		
Ausfuhrgüter insgesamt	BRD	1962 = 100	D	107,3	107,2	107,2	107,1	106,9	106,8	106,6	106,7	106,7	107,0	106,9	106,9	107,0	106,9	
Einfuhrgüter insgesamt	"	"	"	106,6	106,6	106,5	106,2	106,1	105,2	104,9	105,7	105,8	105,7	105,4	105,7	107,0	106,7	